

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

27. Novelle zum Landes-Polizeigesetz,
LGBl. Nr. 2/2011

28. Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz,
LGBl. Nr. 31/2011

29. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2010

30. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
August 2011

31. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis August 2011

Verbraucherpreisindex für Juni 2011
(vorläufiges Ergebnis)

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Während des Sommers hatte ich viele Gelegenheiten die Tiroler Gemeinden zu besuchen, neue Eindrücke in den Regionen zu gewinnen und mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Mein Eindruck ist, dass wir in unserem Land sehr gut aufgestellt sind aber auch die Möglichkeit haben, uns da und dort noch zu verbessern. Diese Chance werden wir gemeinsam und nach Kräften nutzen.

Ein Beispiel dafür sind die überarbeiteten Seilbahngrundsätze, die wir im Frühsommer nach eingehender Diskussion und Beratung beschlossen haben. Im Gefolge der Evaluierung der Seilbahngrundsätze wurden immer wieder Stimmen laut, diese ganz aufzugeben. Gerade meine Besuche in den Regionen haben mich noch mehr darin bestärkt, dass wir beides – eine maßvolle aber notwendige Entwicklung und die Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft in unserem schönen Land brauchen. Es wird nicht viele Gegenden auf der Welt geben, in denen die Natur mit ihrer Einzigartigkeit und Ihren alpinen Reizen so unmittelbar vor der Haustüre mittels modernster touristischer Infrastrukturen erlebbar ist. Wir haben hier einen besonderen Schatz im Herzen Europas!

Politisch wird der Sommer auch immer wieder gerne zum Aufwärmen bekannter Ideen genutzt. Eine dieser Ideen ist die Forderung nach einer Zwangsfusion von Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern. Auf solche Ideen kann nur jemand kommen, der Land und Leute und die gewachsenen Strukturen in unserem Land nicht kennt oder schlichtweg ignoriert. Ich habe bereits bei meinem Regierungsantritt erklärt, dass die Gemeinden die Kraftquellen unseres Landes sind. In ihnen lebt der gesellschaftliche Zusammenhalt, hier sind die Vereine daheim, hier blüht ehrenamtliches Engagement. Daher ist für mich eines klar – Zwangsfusionen wird es bei mir sicher nicht geben. Da es aber für kleinere Gemeinden zusehends schwerer wird, die jährlich wachsenden alltäglichen Aufgaben zu erfüllen, unterstütze ich Kooperationen von Gemeinden im besonderen Ausmaß. Wir haben bereits im Jahr 2008 eine zielgerichtete Förderung von Gemeindekooperationen geschaffen. Ich lade alle Gemeinden ein, ihre Kräfte und ihr Engagement dort zu bündeln, wo dies sinnvoll ist, damit wir gemeinsam mit den vorhandenen Mitteln das beste Ergebnis für unser Land und unsere Bürger erzielen können.

In den 60er Jahren wurde der Ausdruck geprägt „Straße ist Leben“. Gemeint war damit, dass eine entsprechende Verkehrserschließung die Lebensgrundlage für die Bedürfnisse der Menschen vor allem in den ländlichen Regionen bildet. Tirol hat immer darauf geachtet, dass das Leben in seinen Tälern attraktiv bleibt, denn nur dadurch konnten wir eine massive Absiedlung aus den Tälern verhindern. Wir müssen daher moderne Infrastruktur zu den Menschen bringen. Was in den 60er Jahren die Straßen und später dann der Abwasserkanal war ist heute in unserer globalisierten Welt der Zugang zur modernen und schnellen Kommunikation. Unter dem Begriff Ausbau der Breitbandinfrastruktur hat das Land Tirol bereits mehrere Erschließungsprogramme abgewickelt. Auch aufgrund des rasanten technischen Wandels und der Entwicklung mit neuen Diensten und Services werden wir diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Das Land Tirol wird gemeinsam mit dem Bund im Rahmen eines ELER Programms für die ländliche Entwicklung eine Förderinitiative zur Steigerung der flächendeckenden Grundversorgung mit gesteigerten Übertragungskapazitäten starten. Damit sollen auch jene Teile unseres Landes über zeitgemäße und preislich adäquate Zugänge zum Internet verfügen, für die dies markt- und betriebswirtschaftlich aufgrund der hohen Investitionskosten nicht möglich wäre. Eine erste kleine Maßnahme mit großer Wirkung ist die Vorgabe, hinkünftig bei Grabungs- bzw. Leitungsverlegungsarbeiten durch die öffentliche Hand Leerverrohrungen für das Glasfasernetz vorzusehen.

Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

27.

Novelle zum Landes-Polizeigesetz, LGBl. Nr. 2/2011

Aus gegebenem Anlass erfolgen, anknüpfend an den Beitrag in der Feber-Ausgabe des Merkblattes, folgende weitere Erläuterungen zum Thema **Hundehaltung** und **Prostitution** im Landes-Polizeigesetz:

1) Zu § 6a des Landes-Polizeigesetzes:

Seit Inkrafttreten dieser Novelle hat der Bürgermeister als Behörde den Halter eines Hundes, der einen Menschen oder ein Tier verletzt oder gefährdet hat, mit schriftlichem Bescheid aufzufordern, den Hund zur Beurteilung der Auffälligkeit dem Amtstierarzt vorzuführen. Aufgrund der steigenden Zahl von gemeldeten Konflikten im Zusammenleben von Hundehaltern und anderen Gemeindebürgern, die sich von Hunden belästigt fühlen, ist insbesondere auf die gesetzliche Verpflichtung des Hundehalters in § 6a Abs. 1 Landes-Polizeigesetz hinzuweisen. Danach hat jeder Hundehalter (unabhängig vom Bestehen einer allfälligen Leinenzwangverordnung) dafür zu sorgen, dass sein Hund das Leben und die Gesundheit von Menschen oder von Tieren nicht gefährdet und Menschen nicht über das zumutbare Maß hinaus belästigt. Insbesondere hat der Hundehalter dafür zu sorgen, dass der Hund das Grundstück, das Gebäude oder den Zwinger nicht gegen seinen Willen oder ohne sein Wissen verlassen kann. Weiters darf er den Hund nur Personen überlassen, die Gewähr dafür bieten, dass sie den Hund sicher beherrschen können und entsprechend verwahren und beaufsichtigen werden. Wer es unterlässt, dieser Verpflichtung nachzukommen, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 360,- Euro zu bestrafen (vgl. § 8 Abs. 1 lit. f).

2) Zu den §§ 15 ff des Landes-Polizeigesetzes:

Bei Einlangen eines **Ansuchens um eine Bordellbewilligung** ist zur Beurteilung der Verlässlichkeit des

Antragstellers neben der Strafregisterbescheinigung auch die Abfrage von Verwaltungsstrafvormerkungen notwendig. Im Ersuchen an die Bezirksverwaltungsbehörde wäre zur Vorbeugung von Verfahrensmängeln deutlich zu formulieren, dass tirolweit die Verwaltungsstrafen des Antragstellers abzufragen sind. Ist der Bordellbewilligungswerber dreimal wegen einer Übertretung von Vorschriften auf dem Gebiet der Prostitution, des Veranstaltungswesens oder des Jugendschutzes bestraft worden oder ist er wegen einer mit Vorsatz begangenen Tat gerichtlich verurteilt worden, ist er als nicht verlässlich im Sinn des § 15 Abs. 2 Landes-Polizeigesetz anzusehen und kann sohin keine Bordellbewilligung erlangen. Darüber hinaus hat sich eine Abklärung der Verlässlichkeit des Antragstellers über Ersuchen der Bezirksverwaltungsbehörde beim Landeskriminalamt bewährt.

In Bordellen dürfen weiters keine Wohnmöglichkeiten für Prostituierte eingerichtet sein. Dies ergibt sich aus § 15 Abs. 3 lit. b Landes-Polizeigesetz, wonach ein Bordell nur in einem nicht auch anderen Zwecken dienenden Gebäude betrieben werden darf. Prostituierte dürfen ihren Wohnsitz daher weder melderechtlich, noch faktisch im Gebäude des Bordellbetriebes errichten.

Die aufgrund Verordnung des Bundesministers für Gesundheit vorgeschriebenen wöchentlichen Untersuchungen von Prostituierten auf das Freisein von Geschlechtskrankheiten sind vom Amtsarzt im Gesundheitsamt durchzuführen. Die Caritas Innsbruck bietet für die Sexdienstleisterinnen Informationsbroschüren und Beratungen an, um einer Gesundheitsgefährdung vorzubeugen. Insbesondere Bordell-Standortgemeinden sollten auch zur Vorbeugung von Menschenhandel und Ausbeutung von diesem Informationsangebot der Caritas Gebrauch machen.

28.

Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz, LGBl. Nr. 31/2011

Am 14. April 2011 ist die Novelle LGBl. Nr. 31/2011 zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 – TVG in Kraft getreten. Das Bundesland Tirol hält weiterhin am Verbot von Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten (sog. „kleinen Glücksspiel“) fest. Der § 19 lit. c TVG stellt dazu fest, dass alle nicht dem Glücksspielmonopol des Bundes unterliegenden Glücksspielautomaten sowie Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten verboten sind. Behörden und Überwachungsbehörden sind nunmehr in § 25 TVG angeführt. Die nicht immer klare Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Verwaltungsbehörden und Gerichten (vgl. dazu § 52 Abs. 2 Glücksspielgesetz) erschwert seit jeher den Vollzug. Die Konzentration der Zuständigkeit auf eine Verwaltungsbehörde (Bezirksverwaltungsbehörde bzw. Bundespolizeidirektion Innsbruck) für die Überwachung des Verbotes nach § 19 Abs. 1 TVG erschien daher zur effizienteren Verfolgung von illegalem Glücksspiel notwendig. Der Strafrahmen wurde weiters in Anlehnung an das Glücksspielgesetz des Bundes erhöht. Die Gemeinden bleiben aber örtliche Veranstaltungsbehörde und sind damit unerlässlich für Anzeigen illegal aufgestellter Glücksspielautomaten an die Verwaltungsstrafbehörde zuständig.

In § 2 Abs. 7 TVG wird der Begriff Glücksspielautomat (früher: Geldspielapparat) definiert. Begrifflich wurde damit eine Vereinheitlichung mit dem Glücksspielgesetz des Bundes vorgenommen. In § 2 Abs. 8 TVG wird auf § 5 des Glücksspielgesetzes als Definition dessen, was Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten sind, verwiesen. Eine Ausweitung der behördlichen Befugnisse erfolgte in § 10 TVG.

Bei einer im Mai am Grillhof abgehaltenen Gewerbe-referentenkonferenz wurde eine verstärkte Zusammenarbeit der Gemeindebehörden mit der Bezirksverwaltungsbehörde für notwendig erachtet. Vor allem in tourismusintensiven Gemeinden finden regelmäßig Veranstaltungen in gastgewerblichen Betriebsanlagen (z. B. auf Terrassen und in Gastgärten) statt, bei denen häufig unter Musikbeschallung eine Ausschank im Freien erfolgt. Vielfach sind diese Veranstaltungen von der Betriebsanlagengenehmigung nicht umfasst und stellen daher meist eine Änderung der Betriebsanlage dar. Findet die Veranstaltung regelmäßig statt (mehr als zehn Veranstaltungen pro Jahr), handelt es sich jedenfalls um eine genehmigungspflichtige Änderung der gewerblichen Betriebsanlage. Bei der wiederholten Anmeldung von Veranstaltungen sollte auf die gewerberechtliche Genehmigung besonders Bedacht genommen werden und im Einzelfall gemeinsam vom Bürgermeister und der Gewerbebehörde beurteilt werden, ob eine Änderung der Betriebsanlagengenehmigung erforderlich ist. Im Zuge von Veranstaltungen kann der Bürgermeister weiters sowohl bei anmeldepflichtigen, als auch bei nicht anmeldepflichtigen Veranstaltungen, jederzeit dem Veranstalter entsprechende Maßnahmen nach § 8 TVG vorschreiben, wenn diese zur Erfüllung der Erfordernisse nach § 3 TVG (Leben, Gesundheit, Lärmschutz, Jugendschutz, etc.) notwendig sind.

Weiters wird auf die nach wie vor in § 27 Abs. 1 TVG enthaltene Informationspflicht hingewiesen, wonach der Bürgermeister eine Abschrift der Bescheinigung der Wirtschaftskammer Tirol zu übermitteln hat.

Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2008 bis 2010

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	2008 (278 Gem.)		2009 (278 Gem.)		2010 (278 Gem.)		2008		2009		2010		2008 (279 Gem.)		2009 (279 Gem.)		2010 (279 Gem.)	
Einwohnerzahl lt. Registerzg. 31.10.2008	560.086		584.262		584.262		113.457		118.037		118.037		673.543		702.299		702.299	
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	852.605		890.655		890.655		264.733		275.420		275.420		1.117.338		1.166.075		1.166.075	
Finanzkraft I	84.029.037		88.085.529		91.863.371		23.007.062		23.846.716		24.661.625		107.036.099		111.932.245		116.524.996	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.279.762.291	2.285	1.263.534.265	2.256	1.260.836.304	2.158	289.890.561	2.555	281.834.240	2.484	293.832.763	2.489	1.569.652.853	2.330	1.545.368.506	2.294	1.554.669.066	2.214
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	195.151.273	348	198.427.783	354	172.528.656	295	60.206.971	531	46.660.915	411	51.052.861	433	255.358.244	379	245.088.698	364	223.581.517	318
3 Gesamteinnahmen	1.474.913.564	2.633	1.461.962.049	2.610	1.433.364.960	2.453	350.097.532	3.086	328.495.156	2.895	344.885.624	2.922	1.825.011.097	2.710	1.790.457.204	2.658	1.778.250.583	2.532
4 Personalaufwand 2)	243.252.136	434	257.162.488	459	263.687.998	451	59.281.978	523	61.198.197	539	62.740.141	532	302.534.114	449	318.360.685	473	326.428.139	465
5 Sachaufwand	1.044.222.251	1.864	1.016.589.488	1.815	996.271.560	1.705	230.768.517	2.034	222.283.205	1.959	231.497.749	1.961	1.274.990.768	1.893	1.238.872.693	1.839	1.227.769.309	1.748
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.287.474.387	2.299	1.273.751.976	2.274	1.259.959.558	2.156	290.050.496	2.556	283.481.402	2.499	294.237.890	2.493	1.577.524.883	2.342	1.557.233.378	2.312	1.554.197.448	2.213
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	190.279.798	340	198.384.496	354	165.220.522	283	60.206.971	531	46.660.915	411	51.052.861	433	250.486.769	372	245.045.411	364	216.273.382	308
8 Gesamtausgaben	1.477.754.185	2.638	1.472.136.472	2.628	1.425.180.080	2.439	350.257.467	3.087	330.142.318	2.910	345.290.751	2.925	1.828.011.652	2.714	1.802.278.789	2.676	1.770.470.831	2.521
von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:																		
9 Grundsteuer A	966.949	2	970.727	2	976.573	2	12.405	0	9.372	0	11.495	0	979.353	1	980.099	1	988.068	1
10 Grundsteuer B	45.432.161	81	46.731.563	83	48.102.230	82	10.170.393	90	10.580.296	93	10.673.490	90	55.602.553	83	57.311.859	85	58.775.721	84
11 Kommunalsteuer	147.851.653	264	146.717.162	262	151.088.244	259	44.282.863	390	44.496.280	392	45.854.539	388	192.134.516	285	191.213.442	284	196.942.783	280
12 Vergnügungssteuer	2.608.340	5	1.636.655	3	2.334.351	4	1.908.804	17	2.255.435	20	2.495.857	21	4.517.144	7	3.892.090	6	4.830.208	7
13 Hundesteuer	953.891	2	1.054.610	2	1.054.396	2	278.536	2	289.248	3	292.442	2	1.232.427	2	1.293.858	2	1.346.837	2
14 Gebrauchsabgabe	5.791.579	10	6.382.595	11	6.017.710	10	7.207.614	64	7.548.911	67	8.759.341	74	12.999.193	19	13.931.506	21	14.777.051	21
15 Verwaltungsabgabe	3.260.991	6	3.324.382	6	3.299.816	6	1.574.900	14	1.678.134	15	1.733.974	15	4.835.891	7	5.002.516	7	5.033.790	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2.792.120	5	2.840.313	5	2.756.671	5	5.873.778	52	6.195.187	55	6.061.978	51	8.665.898	13	9.035.499	13	8.818.649	13
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-599.599	-1	-2.542.682	-5	-226.644	0	-1.096.881	-10	125.694	1	-421.358	-4	-1.696.480	-3	-2.416.988	-4	-648.002	-1
18 Interessentenbeiträge n. VerkAufschlAbgG	24.629.034	44	21.259.359	38	23.725.069	41	7.364.958	65	6.818.661	60	6.511.105	55	31.993.991	48	28.078.020	42	30.236.175	43
19 Summe Eigene Steuern	233.687.117	417	228.324.684	408	239.128.416	409	77.577.370	684	79.997.218	705	81.972.864	694	311.264.487	462	308.321.902	458	321.101.280	457
20 Abgabenertragsanteile 5)	407.608.596	728	384.924.961	687	381.292.208	653	132.095.929	1.164	124.166.245	1.094	125.004.187	1.059	539.704.525	801	509.091.206	756	506.296.394	721
21 Spielbankabgabe 6)	1.718.382	3	1.514.985	3	1.428.303	2	1.890.197	17	1.699.964	15	1.435.787	12	3.608.579	5	3.214.949	5	2.864.090	4
22 Getränkesteuerausgleich	46.744.623	83	47.022.698	84	47.648.133	82	8.096.413	71	8.148.691	72	8.232.223	70	54.841.036	81	55.171.389	82	55.880.356	80
23 Summe Zeilen 20 bis 22	456.071.601	814	433.462.644	774	430.368.644	737	142.082.539	1.252	134.014.901	1.181	134.672.197	1.141	598.154.140	888	567.477.544	843	565.040.840	805
24 Weitere Einnahmen:							0											
25 Benützungsgebühren nach dem FAG 7)	137.998.937	246	140.380.937	251	142.262.228	243	17.410.140	153	17.448.726	154	17.482.687	148	155.409.077	231	157.829.663	234	159.744.915	227
26 Bedarfzuweisungen 8)	70.987.417	127	70.902.286	127	70.729.753	121	9.000.000	79	9.100.000	80	9.000.000	76	79.987.417	119	80.002.286	119	79.729.753	114
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	898.745.072	1.605	873.070.550	1.559	882.489.040	1.510	246.070.049	2.169	240.560.845	2.120	243.127.747	2.060	1.144.815.121	1.700	1.113.631.395	1.653	1.125.616.787	1.603
Sonstige Daten:																		
28 Stand an Darlehensforderungen	8.487.314	15	6.039.167	11	7.339.750	13	10.106.919	89	10.876.874	96	11.120.239	94	18.594.232	28	16.916.041	25	18.459.989	26
29 Darlehensaufnahmen	74.423.221	133	79.460.950	142	71.780.282	123	0	0	0	0	0	0	74.423.221	110	79.460.950	118	71.780.282	102
30 Schuldzinsen	30.678.312	55	18.821.303	34	12.590.504	22	343.789	3	250.520	2	225.310	2	31.022.100	46	19.071.823	28	12.815.813	18
31 laufende Schuldentilgung	46.171.817	82	54.509.425	97	59.257.253	101	2.074.705	18	1.032.068	9	821.639	7	48.246.521	72	55.541.493	82	60.078.892	86
32 Schuldenstand zum 31.12.	789.623.591	1.410	801.958.359	1.432	791.498.923	1.355	16.709.601	147	15.677.533	138	14.855.894	126	806.333.191	1.197	817.635.892	1.214	806.354.817	1.148
33 Erwerb bewegliches Vermögen	27.229.080	49	28.627.700	51	23.789.152	41	4.768.518	42	4.027.950	36	2.525.591	21	31.997.597	48	32.655.650	48	26.314.743	37
34 Erwerb unbewegliches Vermögen	202.440.735	361	180.250.154	322	149.182.324	255	15.023.827	132	14.975.337	132	23.430.931	199	217.464.562	323	195.225.491	290	172.613.255	246
35 Kapitaltransferzahlungen 9)	97.768.523	175	98.425.281	176	84.270.199	144	52.602.408	464	44.273.732	390	34.484.469	292	150.370.931	223	142.699.013	212	118.754.669	169
36 Zuführung an Rücklagen	42.414.327		25.396.365		27.646.849		5.726.021	50	2.059.975		4.383.266		48.140.348		27.456.340		32.030.115	
37 Zuführung an a.o. Haushalt	42.065.843		35.540.016		27.835.084		12.700.000	112	7.050.000		15.100.000		54.765.843		42.590.016		42.935.084	
38 Zahl der Beamten 10)	337		314		303		275		258		248		612		572		551	
39 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	5.828		6.166		6.232		1.168		1.210		1.211		6.996		7.376		7.443	
40 Summe ständig Bedienstete (VBÄ) 11)	6.165		6.480		6.535		1.443		1.468		1.459		7.608		7.948		7.994	

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.;

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Anknüpfungsabgabe. Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Werbesteuer-Ausgl., Ausgl. Voranteil und A

6) Spielbankabgabe Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benützungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanal, Wasser etc.); 8) BDZV an Gemeinden und Gemeindeverbände lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindeangelegenheiten;

9) Kapitaltransferzahlungen: Zahlungen an Gebietskörperschaften, Subventionen an Vereine; 10) inkl. Sprengelärzte; 11) Vollbeschäftigungsäquivalente; ohne Saisonbeschäftigte

30.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2011

Ertragsanteile an	August		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	-970.188	-967.435	2.753	0,28
Lohnsteuer	16.098.660	17.016.333	917.673	5,70
Kapitalertragsteuer I	2.556.920	3.043.350	486.430	19,02
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	477.087	470.199	-6.888	-1,44
Körperschaftsteuer	-288.325	-717.193	-428.868	148,74
Erbschafts- und Schenkungssteuer	37.112	14.685	-22.427	-60,43
Stiftungseingangssteuer	8.324	19.001	10.677	128,26
Bodenwertabgabe	138	8.311	8.173	5939,69
Stabilitätsabgabe	0	21.862	21.862	0,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	17.919.729	18.909.113	989.384	5,52
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer *) + x)	17.663.303	17.786.685	123.382	0,70
Abgabe von alkoholischen Getränken	605	326	-279	-46,08
Tabaksteuer	169.658	7.901	-161.757	-95,34
Biersteuer	142.327	147.145	4.818	3,39
Mineralölsteuer	2.836.278	3.372.416	536.138	18,90
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	82.681	74.550	-8.131	-9,83
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	1.135	862	-273	-24,07
Kapitalverkehrsteuern	109.503	74.939	-34.564	-31,56
Werbeabgabe	399.231	359.181	-40.050	-10,03
Energieabgabe	238.121	295.711	57.590	24,18
Normverbrauchsabgabe	481.500	428.280	-53.220	-11,05
Flugabgabe	0	28.865	28.865	0,00
Grunderwerbsteuer	6.693.993	7.480.001	786.008	11,74
Versicherungssteuer	852.111	839.767	-12.344	-1,45
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.356.489	1.436.409	79.920	5,89
KFZ-Steuer	8.282	2.117	-6.165	-74,44
Konzessionsabgabe	157.476	143.403	-14.073	-8,94
Summe sonstige Steuern	31.192.693	32.478.558	1.285.865	4,12
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	49.112.421	51.387.671	2.275.250	4,63
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
GESAMT	49.112.421	51.387.671	2.275.250	4,63

*) davon Getränkesteuerausgleich	4.824.901	4.756.944	-67.957	-1,41
----------------------------------	-----------	-----------	---------	-------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
---------------------------------------	---------	---------	---	------

31.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2011

Ertragsanteile an	Jänner-August		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	14.075.765	14.784.921	709.156	5,04
Lohnsteuer	121.531.761	131.977.452	10.445.691	8,60
Kapitalertragsteuer I	7.763.438	9.544.753	1.781.315	22,94
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	4.082.570	3.859.467	-223.103	-5,46
Körperschaftsteuer	22.189.340	28.171.583	5.982.243	26,96
Erbschafts- und Schenkungssteuer	377.431	280.971	-96.460	-25,56
Stiftungseingangssteuer	56.423	77.898	21.475	38,06
Bodenwertabgabe	475.552	486.338	10.786	2,27
Stabilitätsabgabe	0	2.526.463	2.526.463	100,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	170.552.280	191.709.845	21.157.565	12,41
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	137.403.615	146.221.460	8.817.845	6,42
Abgabe von alkoholischen Getränken	947	732	-216	-22,76
Tabaksteuer	8.027.774	8.063.481	35.707	0,44
Biersteuer	1.149.207	1.153.212	4.005	0,35
Mineralölsteuer	23.677.618	26.321.551	2.643.933	11,17
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	843.231	871.825	28.595	3,39
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	8.141	8.169	29	0,35
Kapitalverkehrsteuern	875.777	477.691	-398.086	-45,46
Werbeabgabe	2.679.502	2.786.863	107.361	4,01
Energieabgabe	4.848.120	5.280.187	432.067	8,91
Normverbrauchsabgabe	2.774.621	2.980.681	206.060	7,43
Flugabgabe	0	0	0	100,00
Gründerwerbsteuer	49.768.219	51.835.248	2.067.029	4,15
Versicherungssteuer	6.705.067	6.764.278	59.211	0,88
Motorbezogene Versicherungssteuer	8.844.122	9.666.675	822.553	9,30
KFZ-Steuer	382.690	369.957	-12.733	-3,33
Konzessionsabgabe	1.483.923	1.536.520	52.597	3,54
Summe sonstige Steuern	249.472.575	264.338.532	14.865.957	5,96
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	420.024.855	456.048.377	36.023.522	8,58
Kunstförderungsbeitrag	77.192	80.195	3.003	3,89
Summe ohne Zwischenabrechnung	420.102.047	456.128.572	36.026.525	8,58
Zwischenabrechnung**	-10.247.283	2.642.628	12.889.911	125,79
G E S A M T	409.854.764	458.771.200	48.916.436	11,94

* davon Getränkesteuerausgleich	37.523.128	39.115.539	1.592.411	4,24
** davon Getränkesteuerausgleich	-347.379	264.075	611.454	176,02
Summe	37.175.749	39.379.614	2.203.865	5,93
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	2.006.680	2.006.680	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2011 (vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2011 (endgültig)	Juni 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	103,5	103,5
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	113,3	113,3
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	125,3	125,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	131,9	131,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	172,4	172,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	268,1	268,1
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	470,4	470,4
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	599,4	599,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	601,3	601,3
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2011 beträgt 103,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2011 unverändert geblieben (Mai 2011 gegenüber April 2011: 0,1%). Gegenüber Juni 2010 ergibt sich eine Steigerung um 3,3% (Mai 2011/2010: 3,3%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
 Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck